



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Geschäftsstelle Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Information nach Art. 13 bzw. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Die Geschäftsstelle des Biosphärengebiets Schwäbische Alb, ein Referat der Abteilung 5 des Regierungspräsidiums Tübingen (Referat 58), verarbeitet bei der **Wahrnehmung ihrer Aufgaben** auch personenbezogene Daten.

Wir nehmen den Schutz Ihrer persönlichen Daten sehr ernst. Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie darüber, zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, an wen Sie sich in datenschutzrechtlichen Fragen wenden können und welche Rechte Sie nach der DS-GVO haben.

1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?

Geschäftsstelle Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Ref. 58 beim Regierungspräsidium Tübingen

Biosphärenallee 2-4

72525 Münsingen-Auingen

Telefon: 07381 932938-0

E-Mail: biosphaerengebiet@rpt.bwl.de

2. Wie erreichen Sie unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten?

Unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie:

postalisch: Regierungspräsidium Tübingen

Konrad-Adenauer-Str. 20, 72072 Tübingen

E-Mail: Datenschutz@rpt.bwl.de

Telefon: 07071 757-0

3. Was sind der Zweck und die Rechtsgrundlagen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten?

a) Zweck

Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten, um die uns gesetzlich übertragenen Aufgaben wahrnehmen zu können. Dazu zählen im Wesentlichen

- Öffentlichkeitsarbeit
- Fördermaßnahmen
- Forschung
- Schutz des Biosphärengebiets
- Organisation der Gremien des Biosphärengebiets

- Durchführung von Veranstaltungen (z.B. Informationsveranstaltungen, Wanderungen oder Junior-Ranger-Treffen)
- Versand von Newslettern
- Weiterleitung von Pressemitteilungen

b) Rechtsgrundlagen

Die Verarbeitung beruht auf §§ 7 und 8 der Verordnung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum über das Biosphärengebiet „Schwäbische Alb“ in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO und § 4 Landesdatenschutzgesetz (LDSG). Dies umfasst auch den Internetauftritt.

Danach sind wir berechtigt, personenbezogene Daten für die Wahrnehmung unserer gesetzlich übertragenen Aufgaben zu verarbeiten.

Sofern der Sachverhalt besondere Kategorien personenbezogener Daten, z.B. Angaben über Gesundheit, religiöse Überzeugung oder ethnische Herkunft enthält, stützen wir unsere Verarbeitung zusätzlich auf Art. 9 Abs. 2 Buchstabe g) DS-GVO.

Soweit der Sachverhalt sich auf die Verarbeitung personenbezogener Daten richtet, für die wir ausnahmsweise mangels der Erfüllung einer gesetzlich übertragenen Aufgabe eine Einwilligung der betroffenen Personen benötigen, ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) DS-GVO die Rechtsgrundlage.

4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir verarbeiten in der Regel vor allem folgende personenbezogene Daten:

- Vor- und Nachnamen, Titel
- Kontaktdaten (z.B. Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer)

5. Woher stammen Ihre Daten?

Wir verwenden ausschließlich die Daten, die Sie uns im konkreten Einzelfall oder generell zur Verfügung gestellt haben, z.B. per E-Mail, telefonisch oder bei einer Veranstaltung in eine Anwesenheitsliste eingetragen haben.

6. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Die personenbezogenen Daten erheben und speichern wir im Rahmen der einschlägigen Datenschutzbestimmungen, vor allem ausschließlich zu dem Zweck für den wir sie erhoben haben.

7. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Die personenbezogenen Daten, die wir zur Erfüllung unserer Aufgaben verarbeiten, geben wir nicht an Dritte weiter.

8. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten?

Es besteht keine Pflicht, uns Ihre Daten bereitzustellen. Die Daten sind jedoch erforderlich, um unsere Aufgaben wahrnehmen und Ihre Anliegen bearbeiten und mit Ihnen in Kontakt treten zu können.

9. Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?

Die personenbezogenen Daten werden nur so lange gespeichert und die Akten nur so lange aufbewahrt, wie dies zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist und der Löschung keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten entgegenstehen.

Gemäß der Gemeinsamen Anordnung der Ministerien über die Verwaltung des Schriftguts der Behörden des Landes (AnO Schriftgut) werden die personenbezogenen Daten im Regelfall 10 Jahre aufbewahrt und gespeichert, soweit eine längere Speicherung nicht zur Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist. Die Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem der Vorgang (rechtskräftig) abgeschlossen worden ist.

10. Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

a) Recht auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO)

Soweit wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung unserer öffentlichen Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO verarbeiten, können Sie der künftigen Verarbeitung Ihrer Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

b) Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)

Sie haben das Recht, von uns Auskunft darüber zu erhalten, ob und - wenn ja - welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

c) Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)

Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten verlangen, sofern diese nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten haben Sie – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - einen Anspruch auf Vervollständigung. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

d) Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO)

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

e) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)

Unter den in Art. 18 DS-GVO genannten Voraussetzungen können Sie von uns die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

f) Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)

Dieses Recht steht Ihnen nur bezüglich solcher personenbezogenen Daten zu, welche Sie uns selbst bereitgestellt haben. Sie können danach verlangen, dass wir Ihre Daten Ihnen selbst in einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung stellen oder diese an einen anderen Verantwortlichen übermitteln. Dieses Recht besteht jedoch nur, wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO) oder die Verarbeitung auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b) DS-GVO beruht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die den Regierungspräsidien übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO). Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen

g) Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

h) Recht auf Beschwerde (Art. 77 Abs. 1 DS-GVO)

Wenn Sie Fragen oder Bedenken im Hinblick auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben, können Sie die Geschäftsstelle Biosphärengebiet Schwäbische Alb postalisch oder per E-Mail kontaktieren. Darüber hinaus können Sie Ihr Anliegen auch der bzw. dem behördlichen Datenschutzbeauftragten des Regierungspräsidiums Tübingen zukommen lassen. Die entsprechende Adresse finden Sie unter Ziff. 2.

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir unseren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe eine Beschwerde erheben bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW).